

Nina Lanzer

Bergrecht und Ressourcenethik

Ist das Bundesberggesetz
verteilungsgerecht, nachhaltig
und verfahrensgerecht?



Nomos

Nomos Universitätsschriften

Recht

Band 1023

Nina Lanzer

Bergrecht und Ressourcenethik

Ist das Bundesberggesetz
verteilungsgerecht, nachhaltig
und verfahrensgerecht?



Nomos

gefördert durch



Deutsche
Bundesstiftung Umwelt

www.dbu.de

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Leipzig, Univ., Diss., 2023

ISBN 978-3-7560-1166-7 (Print)

ISBN 978-3-7489-1760-1 (ePDF)



Onlineversion
Nomos eLibrary

1. Auflage 2024

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2024. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Vorwort zur Dissertation von Nina Lanzer „Bergrecht und Ressourcenethik - Ist das Bundesberggesetz verteilungsgerecht, nachhaltig und verfahrensgerecht?“

Die Arbeit von Nina Lanzer steht in einer Reihe jüngst erschienener Arbeiten zur Bergrechtsreform, z.B. der Dissertation von Felix Kaiser über „Umweltverträgliches Bergrecht“, der Habilitationsschrift von Armin von Weschpfennig zu „Strukturen des Bergrechts“ oder den Gutachten über „Instrumente zur umweltverträglichen Steuerung der Rohstoffgewinnung“ für das Umweltbundesamt von Friedhelm Keimeyer et al. All diesen Arbeiten liegt die Überlegung zugrunde, dass das Bergrecht mit seinen in der Landschaft des deutschen Verwaltungsrechts singulären Instrumenten wie dem Berechtsamswesen oder den Betriebsplänen reformbedürftig ist. Die Erkenntnis, dass das BBergG insbesondere im Hinblick auf Umwelt und Nachhaltigkeit defizitär ist, ist bis zur Bundesregierung durchgedrungen, wo an einer Novellierung des Gesetzes gearbeitet wird.

Frau Lanzer schließt sich der Kritik der vorgenannten Arbeiten an, geht in ihrer Dissertation aber thematisch darüber hinaus, indem sie einen innovativen Ansatz mit einer Mischung aus (Berg-)Recht und (Ressourcen-)Ethik verfolgt. Dabei setzt sie sich intensiv mit der Frage der Verteilungsgerechtigkeit des geltenden Bergrechts auseinander und leitet daraus die konkrete Erkenntnis ab, dass es entgegen der vorherrschenden Ansicht keine gebundene Entscheidung mit einem Anspruch auf Zulassung geben dürfe. Weiter sei die Nichtberücksichtigung von Grundeigentümer mit mittleren bis leichten Bergschäden verfassungswidrig. Insgesamt fordert sie einen Paradigmenwechsel des Bergrechts zugunsten der Nachhaltigkeit.

Nicht nur wegen der überzeugenden inhaltlichen Erkenntnisse und Reformvorschläge, sondern auch wegen ihrer klaren leserfreundlichen Diktion lohnt sich die Lektüre für alle, die sich ein Bild von den Möglichkeiten einer umfassenden Bergrechtsform machen wollen. Es ist zu wünschen, dass sich der Gesetzgeber diese Vorschläge zu Herzen nimmt und den notwendigen Reformmut gegen alle Widerstände des traditionellen aber überkommenen Bergrechts aufbringt.

Prof. Dr. Schomerus

Vorwort

Die Ökologisierung des Rechts ist die vordringliche Aufgabe, die sich den Rechtsordnungen durch die multiplen, weltweiten Umweltkrisen stellt. Die Umweltethik kann und muss das Umweltrecht auf diesem Weg konstruktiv und kritisch begleiten. Die Motivation meiner Arbeit war es, diesen interdisziplinären Dialog für ein bestimmtes Rechtsgebiet auszuarbeiten. Möge sich dieser Dialog intensivieren.

Die vorliegende Arbeit wurde im September 2021 fertig gestellt und im Sommersemester 2023 von der Juristischen Fakultät der Universität Leipzig als Dissertation angenommen. Die vorliegende Druckfassung wurde aktualisiert.

Ich wurde bei der Erstellung dieser Dissertationsschrift von vielen Menschen kritisch und wohlwollend begleitet, ohne die diese Arbeit nicht möglich gewesen wäre. Zunächst möchte ich mich bei meinem Doktorvater Herrn Prof. Dr. Köck, für seine Offenheit gegenüber der Themenwahl, bedanken. Dann bin ich meinem Zweitgutachter Herrn Prof. Dr. Schomerus zu großem Dank verpflichtet, nicht nur für die rasche Erstellung des Zweitgutachtens, sondern auch für den wertschätzenden fachlichen Austausch.

Für ein kollegiales Miteinander möchte ich mich bei den Mitarbeiter:innen des Helmholtz-Zentrums für Umweltforschung (UFZ) in Leipzig bedanken – auch bei den Ehemaligen. Insbesondere gilt hier mein Dank Henrik Fischer, Dr. Grit Ludwig und Dr. Stefan Möckel. Die fachlichen Impulse von dem Vorsitzenden Richter am BVerwG Prof. Dr. Ingo Kraft, dem Vorsitzenden Richter am BVerwG a.D. Werner Neumann, von Prof. Dr. Arnim von Weschpfennig und von Prof. Dr. Kirsten Meyer und den Teilnehmer:innen ihres Kolloquiums haben mich und meine Arbeit weitergebracht, wofür ich dankbar bin. Außerdem gilt mein Dank Bundesverfassungsrichterin Prof. Dr. Ines Härtel und Prof. Dr. Christoph Enders für den überfachlichen Austausch. Ich möchte mich bei Prof. Dr. Diethelm Klesczewski und bei Richterin Dr. Steffi Müller-Metzger bedanken, die mich schon früh in meinem wissenschaftlichen Bestreben gefördert haben. Und ich möchte mich bei Julia Maria Auer, Eva-Charlotte Holst, Tobias Rebmann, Johannes Engel und den Mitarbeiter:innen der Bibliothek des UFZs für ihre Unterstützung bedanken.

Vorwort

Mein Dank gilt auch den Mitarbeiter:innen der Deutschen Bundesstiftung Umwelt, den Mitarbeiter:innen des t.e.a.m.-Programms der Universität Leipzig und den Mitarbeiter:innen des Nomos-Verlags.

Ich danke Max Lanzer, der aus nächster Nähe alle Berge und Täler miterlebt hat. Ich danke meinen Freundinnen, meinen Freunden und meinen wunderbaren Geschwistern. Ich danke meinen Kindern, die mir in vieler Hinsicht geduldige Lehrer:innen sind und die mir die Wichtigkeit und Dringlichkeit des Nachhaltigkeitsgebots immer wieder vor Augen führen.

Ich danke meinen Eltern, die mich immer und immer selbstverständlich unterstützt haben und unterstützen. Peter und Renate Lanzer ist diese Arbeit gewidmet.

bei Heidelberg, im November 2023

Nina Lanzer
lanzer@posteo.de

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	21
Einleitung	25
Kapitel 1: Grundlagen	35
A. Zu den Begriffsfeldern: Ressource und Ressourcenschutz	35
B. Zur Empirie der Rohstoffgewinnung in Deutschland	42
I. (Fossile) Energierohstoffe	44
II. Nichtenergetische Rohstoffe	49
III. Unterirdische Ablagerung von CO ₂ (CCS)	52
C. Ressourcennutzung als Problem des Umweltschutzes	54
I. Eingriffe in Natur und Landschaft und den Wasserhaushalt	55
II. Klimakrise	56
III. Umweltlasten durch die neuen Bergbautechnologien Fracking und CCS	59
D. Grundlagen des interdisziplinären Dialogs zwischen Ressourcenethik und Bergrecht	61
I. Ethik und Recht	63
II. Umweltethik und Umweltrecht	68
III. Ressourcenethik und Bergrecht	72
Kapitel 2: Grundelemente und Entwicklung des Bergrechts auch in Hinblick auf den Ressourcenschutz	75
A. Die inhaltlichen Aussagen der Zielbestimmung des § 1 Nr. 1 BBergG	78
B. Die Unterscheidung von grundeigenen und bergfreien Bodenschätzten und die Grundeigentümerbodenschätzte	80
I. Nichtbergrechtliche Grundeigentümerbodenschätzten	81
II. Grundeigene Bodenschätzte	82
III. Bergfreie Bodenschätzte und staatliche Gestaltungsräume, gespiegelt auch an der historischen Entwicklung	82
	9

Inhaltsverzeichnis

C. Das Gestattungssystem (Konzessionssystem) des Bergrechts	87
I. Berechtsamswesen/Bergbauberechtigungen	88
1. Bergbauberechtigungsarten	89
a. Erlaubnis	89
b. Bewilligung	90
c. Bergwerkseigentum	90
2. Gebundener Verwaltungsakt und Anspruch auf Erteilung	92
3. Bergbauberechtigungen als Eigentum im Sinne von Art. 14 I GG	96
4. Die Feldes- und Förderabgabe, §§ 30 f. BBergG	98
II. Die Anlagenzulassung durch die Betriebspläne	101
1. Rahmenbetriebsplan	104
2. Sonderbetriebsplan	105
3. Abschlussbetriebsplan	106
4. Ausgewählte materiell rechtliche Anforderungen – zugleich Darstellung der richterlichen Rechtsentwicklung	108
a. Überwiegende öffentliche Interessen – Altenberg Urteil des BVerwG	108
b. Gesamtabwägung	111
aa. Moers-Kapellen-Urteil des BVerwG	111
bb. Garzweiler-Urteil des BVerwG	112
cc. Garzweiler-Urteil des BVerfG	115
dd. Zusammenfassung	116
D. Das Verhältnis zwischen dem Grundeigentümer und dem Bergbaubetreiber	117
I. Grundabtretung	117
1. Grundabtretungsvoraussetzungen	118
a. Notwendigkeit der Benutzung	118
b. Allgemeinwohl	119
c. Verhältnismäßigkeitsprüfung, insbesondere (Enteignungs-)Abwägung	121
2. Besonderheit: Enteignung zugunsten Privater	121
II. Nachbarschaftsrecht/Bergschadensrecht	122
1. Präventionsmaßnahmen	123
2. Bergschadensersatzanspruch	123

E. Bergrechtliche Verfahrensabläufe	124
I. Erteilung der Bergbauberechtigung	125
II. Betriebsplanzulassung	126
1. Einfaches Zulassungsverfahren nach § 54 BBergG	126
2. Bergrechtliches Planfeststellungsverfahren	128
a. Anwendbare Vorschriften	129
b. Verfahrensablauf	131
F. Wann wird letztverbindlich über die Frage entschieden, ob der Bergbau betrieben werden soll oder nicht?	133
I. Erteilung der Bergbauberechtigung	135
1. Beginn des Entscheidungsprozesses über das Abbaugebiet	136
2. Schaffung eines abwägungsrelevanten Belangs	137
3. Zusammenfassung	138
II. Rahmenbetriebsplanzulassung	139
1. Enteignungsrechtliche Vorwirkung	140
2. Positive Grundentscheidung zur Zulassungsfähigkeit der Anlage – Bindungswirkung für das Grundabtretungsverfahren?	141
a. Überschneidungen im Prüfkatalog	142
b. Führt die Deckungsgleichheit in den Prüfungen zu einer Bindungswirkung?	144
aa. Bindungswirkung über das Verbot widersprüchlichen Verhaltens	147
bb. Ist eine derartige Bindungswirkung bezogen auf Enteignungsentscheidungen zulässig gemessen an den zur enteignungsrechtlichen Vorwirkung entwickelten Grundsätzen?	151
3. Fazit	151
III. Hauptbetriebsplan	152
IV. Grundabtretung	153
V. Ergebnis	154
G. Die Raumplanung und ihr Einfluss auf bergrechtliche Gestattungen	157
H. Kritik an der Gesamtabwägungslehre	160
I. Fehlschluss und Widerspruch in der Begriffslogik	160
1. Argumentationsstruktur des BVerwG	162

Inhaltsverzeichnis

2. Fehlschluss	164
3. „Heilung“ der Auslegung durch den Gesetzgeber	165
4. Verstößt § 48 II BBergG gegen das Gebot der Normenklarheit?	169
5. Zwischenfazit	172
II. Gesamtabwägung trotz Einschränkungen des § 48 II BBergG?	172
1. Einschränkungen des § 48 II S. 1 durch den Anwendungsbereich des § 48 I S. 1 BBergG	173
2. Einschränkungen des § 48 II S. 1 BBergG durch die Zuständigkeit speziellerer Behörden	175
3. Einschränkungen des § 48 II S. 1 BBergG gegenüber § 15 BBergG und gegenüber § 55 I BBergG	176
4. Herleitung einer innertatbestandliche Gesamtabwägung	177
5. Ergebnis	181
III. Verstoß gegen das Gebot der Normenklarheit	181
1. Prüfung der Befugnisnorm am Gebot der Normenklarheit	182
a. Unterschiedlicher Maßstab	182
b. Unzureichend bestimmte Ermächtigungsgrundlage?	182
c. Ist § 48 II S. 1 BBergG überhaupt eine Ermächtigungsgrundlage?	185
aa. Verhältnis des § 48 II S. 1 BBergG zu § 56 I S. 2 BBergG	186
bb. Verhältnis des § 48 II S. 1 BBergG zu § 71 BBergG	187
d. Ergebnis	190
2. Fehlender Abwägungsmaßstab	190
IV. Entschließungsermessen bzgl. der Durchführung einer Gesamtabwägung?	191
V. Fazit	193
I. Zusammenfassung	194
Kapitel 3: Maßstäbe der Ressourcenethik für die Rohstoffgewinnung	197
A. Verteilungsgerechtigkeit	201
I. Was wird verteilt?	204

II. Wer verteilt?	208
III. An wen wird etwas verteilt?	208
IV. Wie wird etwas verteilt?	209
1. Bestimmung der Kapazitätsgrenze	209
2. Anwendung von Verteilungskriterien	210
a. Egalitarismus nach Aristoteles	212
b. Klassischer Utilitarismus	212
c. Rawls' Theorie der Gerechtigkeit	214
d. Libertarianismus	217
e. Zeitgenössische verdienstorientierte Ansätze	217
f. Nonegalitarismus	218
V. Zusammenfassung - Verteilungsgerechtigkeit bezogen auf den Bodenschatzabbau	219
B. Nachhaltigkeitsgrundsatz	220
I. Zeithorizonte	222
1. Nachrückende Generationen	223
2. Zukünftige Generationen	224
II. Starke und schwache Nachhaltigkeit	225
III. Ressourcenfrage	227
1. Nachhaltigkeitsgrundsatz angewendet auf die Entnahme	227
a. Mögliche Festlegungen des Naturkapitals	227
b. Substitutionsregel	230
c. Schonender und sparsamer Abbau	231
2. Nachhaltigkeitsgrundsatz angewendet auf die Senken(-funktion)	232
IV. Zusammenfassung	233
C. Verfahrensgerechtigkeit	234
I. Absichernde Verfahrensgerechtigkeit	235
1. Ordnendes und transparentes Verfahren	238
2. Umfassende Informationen als Entscheidungsgrundlage	238
3. Rationale Begründbarkeit der Entscheidungen	239
II. Interne Verfahrensgerechtigkeit	240
1. Achtung der Verfahrensteilnehmer als Subjekte - Dialogbereites Verfahren	241
2. Gleichbehandlungsgebot	242
III. Sanktionierende Verfahrensgerechtigkeit und Verfahrensbilligkeit	243

Inhaltsverzeichnis

IV. Zusammenfassung	245
D. Zusammenfassend: Ressourcenethische Anforderungen an das Recht des Abbaus von Bodenschätzten	246
Kapitel 4: Verteilungsgerechtigkeit im Bergrecht	249
A. Wie nimmt das Bergrecht die Verteilung des Guts ‚Rechtsposition am Bodenschatz‘ vor?	250
I. Ressourcenethische Analyse der Verteilungsentscheidung über die bergfreien Bodenschätze	251
1. Welches ist die Verteilungsentscheidung?	251
2. Wer trifft die Verteilungsentscheidung?	253
3. Verteilungskriterium	255
a. Grundausrichtung zugunsten des Bergbaus	255
b. Abmilderung durch umfassende Versagungsgründe?	256
4. Ressourcenethische Bewertung	258
a. Bewertung mithilfe des libertaristischen Ansatzes	258
b. Bewertung mithilfe des Differenzprinzips von Rawls	260
II. Die derzeitigen Auslegungsspielräume zur Behebung ressourcenethischer Defizite nutzen	263
1. Erteilung der Bergbauberechtigung im Ermessen der Behörde?	264
a. Historische Auslegung	265
b. Teleologische Auslegung	266
c. Stellungnahme	268
2. Berücksichtigung aller öffentlichen Interessen im Rahmen des § 11 Nr. 10 BBergG?	270
a. Bezug zum Feld	273
b. Erstreckung auf das gesamte zuzuteilende Feld	276
c. Ausschließung der Aufsuchung	277
d. Überwiegen des sonstigen öffentlichen Interesses gegenüber dem Bergbauinteresse	279
e. Zwischenfazit	281
3. Sind die Bergbauberechtigungen eigentumsrechtliche Positionen im Sinne von Art. 14 I GG?	281
a. Erlaubnis	285
b. Bewilligung	287
c. Bergwerkseigentum	290

d. Zusammenfassung	290
4. Zwischenergebnis	291
III. Zusammenfassung	291
B. Wie nimmt das Bergrecht die Verteilung des Guts ‚Recht an der Bodennutzung‘ vor?	293
I. Ressourcenethische Analyse der derzeitigen Gesetzesauslegung	294
1. Welches ist die Verteilungsentscheidung?	294
2. Kapazitätsfestlegungen durch die Raumordnung	296
3. Wer trifft die Verteilungsentscheidung?	297
4. Ressourcenethische Bewertung der Verteilungskriterien	298
a. Verteilungskriterien des BBergG bei der Zulassung des Rahmenbetriebsplans	299
aa. Was sind Interessen?	300
bb. Kriterium: Gewichtigkeit	301
cc. Grundausrichtung zugunsten Bergbau	304
dd. Normative Gewichtungsvorgabe zugunsten des Bergbaus	305
ee. Zusammenfassung	307
b. Ressourcenethische Bewertung der Gesamtabwägung als Verteilungsmechanismus	307
aa. Vergleich mit dem utilitaristischen Verteilungskriterium	307
bb. Vergleich mit egalitaristischen Verteilungskriterien	311
cc. Vergleich mit der Gerechtigkeitstheorie von John Rawls	312
(1) Nach der allokativen Gerechtigkeit bzgl. nicht hervorgebrachter Güter	313
(2) Nach dem Differenzprinzip	315
dd. Problematik der nicht originären Verteilung	318
c. Ressourcenethische Bewertung der Verteilung im Grundabtretungsverfahren	320
d. Zusammenfassung	321
5. Fazit der ressourcenschutzethischen Analyse der derzeitigen Gesetzeslage	323

Inhaltsverzeichnis

II. Die derzeitigen Auslegungsspielräume zur Behebung ressourcenethischer Defizite nutzen	325
1. Die Frage nach der Gestaltungsfreiheit der Behörde	325
a. Enthält § 55 I tatsächlich eine gebundene Entscheidung?	329
aa. Historische Auslegung	330
bb. Teleologische Auslegung	337
b. Planerische oder nachvollziehende Gesamtabwägung?	341
c. Fazit	344
2. Enthält das BBergG tatsächlich eine normative Gewichtungsvorgabe zugunsten des Bergbaus?	345
a. Mögliche normative Gewichtungsvorgaben: Abwägungsdirektive, Optimierungsgebot, relativer und absoluter Vorrang	346
b. Abwägungsvorgabe durch den § 1 BBergG	352
c. Abwägungsvorgabe durch die Rohstoffsicherungsklausel (§ 48 I S. 2 BBergG)	354
aa. Die inhaltlichen Aussagen der sog. Rohstoffsicherungsklausel, § 48 I S. 2 BBergG	355
bb. § 48 I S. 2 BBergG als normative Gewichtungsvorgabe	356
d. Abwägungsvorgabe durch die Zusammenschau der Normen oder die Grundausrichtung des BBergG	358
e. Fazit	359
3. Beachtung aller privaten und öffentlichen Interessen innerhalb der Gesamtabwägung?	359
a. Kontext der Enteignungsabwägung	361
b. Umfang der Enteignungsabwägung	363
c. Zwischenfazit	367
d. Kriterium: Allgemeinwohl	368
4. Ergebnis	369
C. Wie nimmt das Bergrecht die Verteilung der Lasten vor?	369
I. Berücksichtigung der Interessen der potenziellen Lastenträger in der Letztentscheidung über den Bergbau	372
1. Ob der Berücksichtigung	373
a. Leichte bis mittlere Bergschäden am Eigentum	374
b. Negative Auswirkungen des Klimawandels	376

c. Zwischenfazit	376
d. Ressourcenethische Bewertung	377
e. Auslegungsspielraum zur Überwindung des ressourcenethischen Defizits	379
aa. Von kleineren und mittleren Bergschäden Betroffenen	379
bb. Vom Klimawandel negativ Betroffene	382
2. Wie der Berücksichtigung	383
3. Zwischenbewertung	384
II. Präventionsmaßnahmen	384
III. Bergschadensersatzanspruch	386
D. Fazit	387
 Kapitel 5: Nachhaltigkeit im Bergrecht	389
A. Nachhaltigkeit als Ziel des BBergG	390
I. Ressourcenethische Analyse	390
II. Die derzeitigen Auslegungsspielräume zur Überwindung des ressourcenethischen Defizits nutzen	393
1. Förderung des Bergbaus als Zielbestimmung des § 1 Nr. 1 BBergG	393
2. Gerechte Güterverteilung zwischen den heutigen und den künftigen Generationen	394
3. Gerechte Lastenverteilung zwischen den heutigen und den künftigen Generationen	398
III. Zusammenfassung	400
B. Nachhaltigkeit im Zulassungsverfahren	401
I. Berücksichtigung von Interessen künftiger Generationen bei der Erteilung der Bergbauberechtigungen	402
1. Ressourcenethische Analyse	402
2. Die derzeitigen Auslegungsspielräume zur Behebung des ressourcenethischen Defizits nutzen	403
a. Was sind öffentliche Interessen?	403
b. Die Interessen Künftiger als öffentliche Interessen	404
c. Einschränkungen des § 11 Nr. 10 BBergG	406
3. Fazit	407

Inhaltsverzeichnis

II. Berücksichtigung von Interessen künftiger Generationen bei der Zulassung des Rahmenbetriebsplans	408
1. Ressourcenethische Analyse	408
2. Die derzeitigen Auslegungsspielräume zur Behebung des ressourcenethischen Defizits nutzen	409
3. Zwischenfazit	411
C. Fazit	411
Kapitel 6: Bergrechtliche Verfahren und Verfahrensgerechtigkeit	413
A. Behördliche Verfahren und Verfahrensgerechtigkeit	413
I. Betroffenenbeteiligung	414
1. Ressourcenethische Analyse der derzeitigen Betroffenenbeteiligung	417
a. Beteiligung der Grundeigentümer im Verfahren um die Erteilung der Bergbauberechtigungen	418
b. Beteiligung der von möglichen kleineren und mittleren Bergschäden Betroffenen	421
c. Beteiligung der von Enteignung bedrohten Grundeigentümer in nichtkomplexen Großvorhaben	423
d. Rechtsklarheit	423
2. Die derzeitigen Auslegungsspielräume zur Behebung ressourcenethischer Defizite nutzen	425
a. Betroffenenbeteiligung bei der Erteilung der Bergbauberechtigungen	425
b. Betroffenenbeteiligung der von möglichen kleinen und mittleren Bergschäden Betroffenen	426
c. Betroffenenbeteiligung der Zuenteignenden	426
3. Ergebnis	427
II. Öffentlichkeitsbeteiligung	428
1. Ressourcenethische Analyse der derzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung	429
a. Öffentlichkeitsbeteiligung im Rahmen der UVP	430
aa. Anforderungen der absichernden Verfahrensgerechtigkeit	430
bb. Anforderungen der internen Verfahrensgerechtigkeit	430

cc. Die derzeitigen Auslegungsspielräume zur Behebung ressourcenethischer Defizite nutzen	434
b. Frühe Öffentlichkeitsbeteiligung	434
2. Zusammenfassung	435
III. Verfahrenslasten	436
1. Welche Präklusionen befinden sich im bergrechtlichen Verfahren?	436
a. Präklusion nach § 48 II S. 5 BBergG	437
b. Erweiterter Anwendungsbereich der Präklusionsnorm des § 48 II S. 5 BBergG	438
c. Präklusion aus §§ 52 IIa, 57a I, 5 BBergG i.V.m. § 73 IV S. 3 VwVfG	439
d. Präklusion gem. § 57a V BBergG	440
2. Ressourcenethische Analyse der Präklusionsnorm des § 48 II S. 5 BBergG	441
a. Fristen	442
b. Geforderte Konkretisierung der Einwendung	443
c. Öffentliche Bekanntmachung im Internet	444
3. Den derzeitigen Auslegungsspielraum zur Behebung ressourcenethischer Defizite nutzen	444
4. Fazit	446
IV. Komplexität des Verfahrens	447
B. Gerichtliche Überprüfung und Verfahrensgerechtigkeit	448
I. Zugang zu Gericht für die vom Bergbau Betroffenen	449
II. Zugang zu Gericht für die Interessen von künftigen Generationen	451
C. Fazit	452
Kapitel 7: Umwelt- und ressourcenethische Begründung für eine Reform des Bergrechts	455
A. Reformdiskussion	455
I. UGB-KomE	456
II. Anträge auf Gesetzesänderungen aus der 17. Legislaturperiode	457
III. Reformvorschläge aus der Literatur	459
1. Gutachten von <i>Teffmer</i>	459
2. <i>Sanden, Schomerus und Schulze</i>	460

Inhaltsverzeichnis

3. INSTRO-Gutachten	461
4. Dissertationsschrift von <i>Kaiser</i>	465
B. Reformvorschlag auf Basis der ressourcenschutzethischen Analyse	466
I. Minimalinvasive Änderung durch den Gesetzgeber zur Herstellung der Verfassungsmäßigkeit	467
II. Eckpunkte eines umfassenden Reformvorschlags	469
Zusammenfassung	475
Literaturverzeichnis	481

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Untersuchungsprogramm der Arbeit	32
Abbildung 2: Systematisierung der Rohstoffe (eigene Erstellung)	37
Abbildung 3: Teilmengen der Ressourcenbasis (eigene Erstellung)	38
Abbildung 4: Übersicht zum Ressourcenschutz (eigene Erstellung)	41
Abbildung 5: Systematisierung des Bezugs von Recht und Ethik (eigene Erstellung)	65
Abbildung 6: Rechtlich unterschiedliche Behandlung verschiedener Bodenschätze (eigene Erstellung)	80
Abbildung 7: Übersicht zu den bergrechtlichen Genehmigungen (eigene Erstellung)	87
Abbildung 8: Übersicht der Betriebsplanarten (eigene Erstellung)	103
Abbildung 9: Bergrechtliche Verfahren (eigene Erstellung)	124
Abbildung 10: Betriebsplanverfahren im Vergleich (eigene Erstellung)	127
Abbildung 11: Mögliche Letztentscheidungen in unterschiedlichen Vorhaben (eigene Erstellung)	134
Abbildung 12: Darstellung der Deckungsgleichheit der Prüfungspunkte von Rahmenbetriebsplanzulassung und Enteignung (eigene Erstellung)	143

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 13: Übersicht in welchem Verfahrensschritt die Entscheidung über den Bergbau getroffen wird nach der vorherrschenden Rechtsauffassung (eigene Erstellung)	155
Abbildung 14: Argumentationsmuster des BVerwG bzgl. der Auslegung des § 48 II BBergG (eigene Erstellung)	162
Abbildung 15: Argumentation des BVerwG aufgeschlüsselt nach der logischen Struktur (Modus Barbara) (eigene Erstellung)	163
Abbildung 16: Systematisierung Ressourcennutzungskonflikte (eigene Erstellung)	198
Abbildung 17: Ressourcenkonflikte und die ihnen zugeordneten Maßstäbe der Ressourcenethik (eigene Erstellung)	200
Abbildung 18: Güter der Verteilung (eigene Erstellung)	205
Abbildung 19: Die Verteilungsentscheidung bezüglich teilbarerer/ unteilbarer Güter (eigene Erstellung)	207
Abbildung 20: Gerechtigkeitstheorien (eigene Erstellung)	211
Abbildung 21: Nutzsummenwertberechnung am Beispiel des Kohleabbaus (eigene Erstellung)	213
Abbildung 22: Zeithorizont der Nachhaltigkeit (eigene Erstellung)	223
Abbildung 23: Mögliche Festlegungen des Naturkapitals im Sinne der starken Nachhaltigkeit (eigene Erstellung)	229
Abbildung 24: Welches ist die Verteilungsentscheidung über das Recht an der Bodennutzung? (eigene Erstellung)	296
Abbildung 25: Ergebnis der ressourcenethischen Analyse der Verteilung über das Recht an der Bodennutzung (eigene Erstellung)	324

Abbildung 26: Die unterschiedlichen Abwägungsarten im Überblick (eigene Erstellung)	329
Abbildung 27: Der mögliche unterschiedliche Ausgang einer Gesamtabwägung verglichen mit der einer Enteignungsabwägung (eigene Erstellung)	367
Abbildung 28: Entscheidungskriterium der verschiedenen Letztentscheidungen (eigene Erstellung)	373
Abbildung 29: Berücksichtigung der verschiedenen Lastenempfänger in den verschiedenen Letztentscheidungen (eigene Erstellung)	377

